

Bürgergeld für alle

(25.11.2008)

von Rechtsanwalt Fritjof Stielow

Grundeinkommen, Bürgergeld, negative Einkommensteuer: Statt Sozialleistungen wird immer öfter eine Grundsicherung für alle Bürger diskutiert. Die teure Sozialbürokratie würde überflüssig werden.

Stellen Sie sich vor, sie bekommen ein Grundeinkommen von 800 Euro im Monat, ohne dafür arbeiten zu müssen und ohne Bedürftigkeitsprüfung. Utopie? Nein, immer mehr Politiker und Wirtschaftsexperten befürworten eine bedingungslose Transferzahlung an alle Bürger. Im Gegenzug sollen alle anderen Sozialleistungen, Subventionen und Transferzahlungen, wie Kindergeld, Grundrente, Sozialhilfe und Hartz-IV gestrichen werden.

Verschiedene Zahlungsmodelle werden diskutiert.

Solidarisches Bürgergeld nach Dieter Althaus (CDU)

Der bekannteste Befürworter aus den Reihen der Politiker ist Dieter Althaus von der CDU. Er schlägt vor, jedem Bürger 800 Euro im Monat zu zahlen, von denen allerdings 200 Euro pauschal für eine Basis-Krankenversicherung abgezogen werden. In diesem Modell würden nicht arbeitende Bürger ggf. weniger erhalten, als heute: Rund 800 Euro (Grundleistungen, Wohngeld, Zusatzleistungen) inkl. Krankenversicherung erhalten Bürger mit Hartz-IV.

Ulmer Modell

Das von der Universität Ulm entwickelte Modell für die aufkommensneutrale Grundsicherung aller Bürger sieht ein Bürgergeld von 500 Euro für Erwachsene und 250 Euro für Kinder vor. Allerdings soll bei steigendem Einkommen der Zuschuss mit Steuerforderungen verrechnet werden können. Ein solches Modell wurde durch Bündnis90/Die Grünen diskutiert. Verbleiben soll aber ein bedarfsorientiertes Wohngeld.

Negative Einkommensteuer

Die direkte Kopplung von Grundsicherung und Einkommenssteuer sieht ein Modell nach Milton Friedmann vor. Danach erhält jeder Bürger eine automatische jährliche Steuergutschrift. Diese Gutschrift würde bei Einkommen mit anfallender Steuer verrechnet werden, ab einer gewissen Einkommenshöhe ist die Gutschrift verbraucht und Einkommensteuer muss gezahlt werden.

Vor- und Nachteile des Bürgergelds

Heiß diskutiert sind die Vor- und Nachteile von Grundsicherungs- und Bürgergeldmodellen. Teilweise kommt man zu widersprüchlichen Ergebnissen, weil kein Experte auf Erfahrungswerte zurückgreifen kann. Viele auf den ersten Blick nahe liegende Bedenken erweisen sich aber auf den zweiten Blick als unzutreffend.

Belohnung der Faulen?

Geld ohne Arbeit sprengt die traditionellen Moralvorstellungen. Arbeitsunwillige dürfen nicht belohnt werden, Arbeitswillige nicht von der Aufnahme einer Arbeit abgeschreckt werden. Tatsächlich werden aber nur die wenigstens mit der Grundsicherung zufrieden sein. Außerdem kann auch heute niemand zur Arbeit gezwungen werden. Wer mit Hartz- IV zufrieden ist, wird auch heute ernsthaft keine Arbeit suchen. Die SPD kritisiert am Althaus-Modell, dass Menschen als nutzlos abgestempelt und mit Geld abgefunden werden.

Verwerfungen am Arbeitsmarkt?

Mancher befürchtet, dass im Niedriglohnsektor keine Arbeitskräfte mehr gefunden werden. Heute schlecht bezahlte Arbeiten könnten damit profitieren, weil mehr Lohn gezahlt werden müsste. Da die Arbeitslosenquote schon seit Jahren nicht mehr unter 5 Prozent sinkt, ist ein echter Arbeitskräftemangel, gerade im Niedriglohnsektor unwahrscheinlich. Außerdem bleibt der Anreiz zum Zuverdienst für den Konsum erhalten.

Nicht finanzierbar?

Widerlegt sind schon heute Bedenken zur Finanzierbarkeit. Die Konrad-Adenauer-Stiftung der CDU hält das Modell nach eigenen Berechnungen für solide. Nach dem Althaus-Modell stünden geschätzte 600 Mrd. Euro Ausgaben für ein Bürgergeld heutigen rund 750 Mrd. Euro Kosten für Sozialleistungen und Bürokratie gegenüber. Der Staat würde also nicht bei den Auszahlungen, sondern bei dem Tausenden Sachbearbeitern, Prüfern, Sozialrichtern usw. sparen, die sich heute alleine mit der Prüfung von Sozialhilfe- und Hartz-IV- Anträgen beschäftigen.